

Beschäftigungssicherung durch Fremdvergabe? oder

Ein Sinneswandel des Werkleiters?

Völlig ungewohnte Töne vom Werkleiter vernahmen am 3.3. Betriebsräte des Betriebsausschusses und eine halbe Stunde später auch die KollegInnen der Instandhaltung, die den Werkleiter in der 8. Etage besuchten, um ihm gegen die geplante Fremdvergabe der Fördertechnik eine Unterschriftenliste mit ca. 2800 Unterschriften zu übergeben:

Unbestritten sei die Instandhaltung das Rückgrat der Fabrik, die Bedeutung der Instandhaltung werde von ihm nicht in Frage gestellt, die Anfrage bei anderen Anbietern sei nur gemacht worden, weil eine Menge an Aufgaben und Projekten anstünden, die zum Laufen gebracht werden müssten. Er ziehe die Anfrage mit sofortiger Wirkung zurück (die Fördertechnik bleibt), es müsse eine gemeinsame Strategie gefunden werden, um die Anforderungen und Anläufe zu bewältigen. Die Instandhaltung und das Betreiben der neu aufgebauten Anlagen für den R 172 in der Funkschneise, werde nur bis 2013 fremdvergeben – dann wolle man es mit eigenen Leuten machen.

Am 16.2., mal gerade 14 Tage nach der Einigungsstelle zum Interessenausgleich hatte das noch ganz anders ausgesehen. Da hatte der Werkleiter verkündet, dass die Fördertechnik angefragt werde und 50% der Staplerwerkstatt werde Fremdvergeben. Und er betonte auch im indirekten Bereich habe man „hqv-Ziele“, müsse man KVP betreiben und alles werde auf den Prüfstand gestellt. Auf die

Frage, was er mit der Instandhaltung in der Funkschneise vorhabe, antwortete er am 16.2. noch ausweichend, teilte dann aber am 23.2. mit, dass dies auch von einer Fremdfirma erledigt werden würde. Dabei war noch im Oktober gesagt worden, diese Arbeiten würden von der Bremer Belegschaft gemacht werden.

Nach der Bekanntgabe der neuen Pläne zur Arbeitsplatzvernichtung, formierte sich der Widerstand der unmittelbar betroffenen KollegInnen. Eine Erklärung der Instandhalter der Hallen 9 und 93 machte die Runde, die Bereitschaft der Instandhalter zur Mehrarbeit war rapide rückläufig. Die Instandhalter der Halle 7 besuchten ihren Abteilungsleiter und mit den Instandhaltern der Hallen 8 und 9 die Betriebsratssitzungen am

23.2. und 2.3. zur Beratung. Am 2.3. passte der Besuch der Instandhalter besonders prima, weil der Personalleiter den Betriebsräten gerade die neueste Hochrechnung über Personalüberhänge ab Juli präsentierte.

Der Werkleiter hatte sich also ausrechnen können, dass diese Arbeitsplatzvernichtung nicht geräuschlos über die Bühne gehen würde. Dies wäre aber für ihn „kontraproduktiv“, da die Anläufe des C 204, des R 172 und R 231 nicht klappen werden, ohne dass jede Menge Mehrarbeit von Instandhaltern an Samstagen und Sonntagen geleistet wird und ein gewisser Respekt vor der Belegschaft insgesamt, dürfte nach den beeindruckenden Aktionen vom 22.1. und 1.2. ja auch noch vorhanden sein.

Folgen des „management by stress“

Werkleiter und Centerleiter betonen, der Grund für Überlegungen und Planungen Instandhaltungsleistungen fremd zu beziehen, liege nicht darin Geld zu sparen, sondern sei ausschließlich die fehlende Qualifikation. Man habe zwar im Sommer einen Personalüberhang und damit genug „Köpfe“, aber so schnell könne man nicht für eine ausreichende Qualifikation sorgen. Dies sind die Folgen des „management by stress“ (den wir im Kollegeninfo oft genug beschrieben haben, den die Belegschaft seit Jahren erleidet), der ja nicht nur in der Produktion betrieben wurde.

Jahrelang wurde in der Instandhaltung die Fluktuation meistens gar nicht oder manchmal höchstens teilweise ersetzt. Ausländer wurden in der Regel nicht in ihrem erlernten Beruf im Fachbereich eingesetzt, sondern auf Tournee durch die Produktion der Werke, mit Glück in Bremen geschickt. Und jetzt stellt man fest, dass man einen Bedarf von ca. 140 Instandhaltern hat, den man nicht kurzfristig decken könne wegen der fehlenden Qualifikation.

Fortsetzung von Seite 1

Tatsächlich treibt das „management by stress“ im Instandhaltungsbereich inzwischen schon solche Blüten, dass es keine Seltenheit mehr ist, dass Arbeiten und Leistungen von draußen (fremd) teurer eingekauft werden, als sie kosten würden, wenn das Unternehmen sie mit eigenen Leuten machen lassen würde.

Mit Kostengünstig sein, Effizienz und Wirtschaftlichkeit, wie uns Vorstand, Werk- und Centerleiter dies immer predigten und predigen hat das nun wirklich nichts mehr zu tun. Trotzdem scheint dieser höhere Blödsinn aber für Unternehmer einen Sinn zu machen – nämlich dann, wenn man diese Mehrausgaben gegen rechnet, gegen das höhere Ziel die Belegschaftstärke auf Deubel komm raus runterzufahren.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob es gelingt in der Instandhaltung den Trend der letzten Jahre umzudrehen und eine mit ausreichend Personal versehene Instandhaltung aufzubauen. Das dies tatsächlich das Ziel des Werkleiters sein soll, bezweifeln wir!

Wenn der sagt, man wolle eine Instandhaltung (IH) aufbauen auf der Basis einer IH-Strategie (die er beauftragt habe), bei der die Effizienzthematik gebracht werden müsse, wie bei den direkten – dann ist mit allem zu rechnen, aber nicht damit, dass er jetzt für ausreichend Personal sorgen will.



Dokumentation

Bremen, den 02.03.2010

Keine Fremdvergabe der Fördertechnik **Schluss mit Outsourcing**

Wir, die Mitarbeiter der Instandhaltung Halle 7 / 70 / 8 / 9 fordern die Werkleitung auf, jegliche Pläne der Fremdvergabe der Fördertechnik mit sofortiger Wirkung auf zu geben.

Laut Aussage der Werkleitung, sind wir nach wie vor ein Werk mit Überhang an Personal.

Da der Aufgabenbereich der Instandhaltung sich aufgrund der Kapazitätserweiterung vergrößert, ist es zwingend notwendig zusätzliche Arbeitsplätze mit unserem eigenen Personal zu besetzen. Es kann nicht angehen, dass die Instandhaltung der Fördertechnik zur Fremdvergabe abgegeben werden soll, und die damit „freigespielten“ Mitarbeiter dann an anderer Stelle eingesetzt werden.

In Zeiten von Arbeitszeitreduzierung und Kurzarbeit sowie der Aussage Überhang von ca. 600 AK ab 30.06. muss genügend Personal zur Aufstockung der Instandhaltung im Werk vorhanden sein!

Wir fordern dieses zum Erhalt unserer Arbeitsplätze, ohne wenn und aber.

Sollte die Werkleitung dennoch den Weg des Outsourcings weiter verfolgen, werden die Mitarbeiter der Instandhaltung keine „Freiwillige Mehrarbeit“ am Standort Bremen mehr leisten.

Unterstützt wird diese Forderung von folgenden Kollegen:

Dokumentation

An die Belegschaft und an die Geschäftsleitung des Mercedes Werkes Bremen

Keine Fremdvergabe von Instandhaltungsarbeiten im Werk Bremen

(Erklärung der Kollegen der Instandhaltung aller Schichten der Hallen 9 und 93)

Mit Empörung hören wir davon dass die Geschäftsleitung wieder Arbeitsplätze der Instandhaltung des Werkes fremdvergeben möchte. Gleichzeitig sind im Werk laut Geschäftsleitung 750 Kollegen über, wenn man von unserer tariflichen Wochenarbeitszeit aus geht. Damit erweist sich der vor 3 Wochen verabschiedete Interessenausgleich als Farce, dessen einziger Sinn demnach wohl nur darin bestand den Unmut der Beschäftigten zu besänftigen um danach sofort den Abbau der Bremer Belegschaft zu starten.

Wir werten die Pläne der Geschäftsleitung als langfrist angelegten Abbau qualifizierter Facharbeiterplätze den wir auch im Interesse unserer Jugend nicht hinnehmen können.

Wir fordern die Rücknahme sämtlicher Pläne und Maßnahmen zur Fremdvergabe von Arbeitsumfängen – aktuell aus der Instandhaltung – und das Insourcing der Instandhaltung Gebäude 95.

Wir freuen uns über jegliche Rückmeldung aus der Belegschaft.

Kontaktmöglichkeit: Die IGM-Vertrauensleute aus unserem Bereich

Völlig verlogen...

ist die „Debatte“ der Politiker über Hartz IV nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 09.02. In den vergangenen Jahren waren immer wieder Kampagnen über angeblichen Missbrauch von Sozialhilfeleistungen durchgezogen worden und Hartz IV – Empfänger als „Abzocker“ und „Sozialschmarotzer“ beschimpft worden. Die jetzige Kampagne knüpft an die alte Hetze an und es wird scheinheilig“ beklagt, dass vielfach Menschen mit einem Vollzeitjob nicht mehr bekommen würden, als Hartz IV – Empfänger. Dabei hatten SPD, Grüne, Union und FDP zum 1.1.2005 das SGB II eingeführt und damit die alte Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau vom 1.7.2003 gekürzt. Und sie hatten die Zumutbarkeit der Arbeit, die man annehmen muss um nicht völlig ohne Geld dazustehen, allein auf sittenwidrige Löhne gesenkt (sprich Löhne, die unterhalb von mehr als 30 % unter Tariflöhnen liegen).

Damals war das Ziel der Einführung von Hartz I-IV und der jetzigen Rahmenbedingungen der Leiharbeit den jetzigen Zustand herzustellen und den größten Niedriglohnsektor in der EU aufzubauen. Der damalige Bundeskanzler Schröder frohlockte am 28.01.2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos:

„...Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.... Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt. Es hat erhebliche Auseinandersetzungen mit starken Interessengruppen in unserer Gesellschaft gegeben. Aber wir haben diese Auseinandersetzungen durchgestanden...“

Quellen: NachDenkSeiten / 27.1.2010 und 03.09.2008

NachDenkSeiten
Die kritische Website
www.nachdenkseiten.de

„Lohnabstandsgebot“- Wozu?

Da es bekanntlich nicht so einfach ist mit dem Lottogewinn, ist man als Arbeitnehmer darauf angewiesen, seine Arbeitskraft zu verkaufen – die Existenz ist daran geknüpft, dass es gelingt, die Arbeitskraft erfolgreich zu verkaufen. Dies ist a) nicht garantiert und klappt b) bekanntlich immer schlechter.

Damit diese lebenslange Unsicherheit des Erwerbslebens von Arbeitnehmern nicht in Frage gestellt, sondern akzeptiert wird, wurde der Sozialstaat „erfunden“. Andererseits sollen Leistungen des Sozialstaates nicht so hoch sein, dass die Motivation zur Arbeitssuche schwindet. Festgeschrieben ist das Lohnabstandsgebot im Sozialgesetzbuch XII. Dort heißt es, die Regelsatzbemessung gewährleiste, dass Einkommen aus staatlichen Zahlungen „unter den monatlichen Nettoarbeitsentgelten unterer Lohn- und Gehaltsgruppen liegen. Sinken die Löhne, „muss“ also auch das

Arbeitslosengeld II und der Zwang zur Aufnahme von Niedriglohnjobs erhöht werden. Das Lohnabstandsgebot könnte natürlich auch eingehalten werden, wenn Löhne und Gehälter raufgesetzt und ein Mindestlohn eingeführt würden.



- Dies geht für Unternehmer und Politiker „natürlich nicht“, das Geld wird benötigt für Profitsteigerung, Senkung von Unternehmersteuern Gerhard Schröders „Faulenzer Debatte“ war der Wegbereiter für die Hartz-Gesetze und Niedriglöhne. Westerwelles Hetze soll den Weg bereiten den Hartz-IV –Satz und die Löhne und Gehälter weiter zu drücken.

Wozu die Hetze?

a): „Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Hartz IV-Gesetze „mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art.1 Abs.1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 Abs. 1 GG unvereinbar ist ... Damit sind logischerweise auch die in § 31 SGB II vorgesehenen Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger in Frage gestellt. Denn wenn die Regelsätze nach Hart IV das „menschenwürdige Existenz-Minimum“ sichern, so darf dieser kleinste Wert eigentlich nicht unterschritten werden. Diese Gefahr für die Sanktionsregelungen sehen na-

türlich auch die Sozialstaatsgegner und prombt...“

b): „Die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, eine aktive Wirtschaftspolitik zur Linderung der Arbeitslosigkeit, alle diese zentralen politischen Themen kommen nicht mehr vor. Man hat die öffentliche Debatte von der zunehmenden Armut und vor allem von der Umverteilung von unten nach oben abgelenkt und auf einen Verteilungskonflikt zwischen Niedrigverdienenden und Arbeitslosen gelenkt. Es war schon immer der Trick der Herrschenden, den Zorn der Be-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

herrschten auf den Klassenkampf im Armenhaus zu lenken.

c): „Indem diese Personen und Gruppen über Hartz IV herfallen, indem sie über die hohen Kosten, über die Verletzungen des sogenannten Lohnabstandsgebots, über den Missbrauch durch Ausländer usw. klagen, schaffen sie zwischen und der gesamten Agendapolitik eine wachsende Distanz. Damit gewinnt zunehmend eine Mehrheit den Eindruck, als hätten Personen wie Westerwelle mit dieser Politik nichts zu tun. Dabei handelt es sich bei ihnen um die Hauptverantwortlichen. Hartz IV kombiniert mit dem Nichtstun in der Beschäftigungspolitik und der systematischen Verarmung des Staates ist das Kind einer ganz großen Koalition aus Rot und Grün, aus Schwarz und Gelb. Westerwelle versucht mit seiner Kampagne auch, sich aus dieser Verantwortung davon zustehlen. Und Medien wie die „Zeit“ und die Bild-Zeitung helfen dabei.“

Albrecht Müller am 22.2.2010 in NachDenkSeiten/Die kritische Webseite: www.nachdenkseiten.de

„Beschäftigungssicherung“

Die Arbeitgeber, die IG Metall, ihr Vorsitzender Huber, in der „Zukunftssicherung 2012“, in „Sindelfingen 2020“, der Weser Kurier zum Interessensausgleich und, und, und

Alle reden sie von Beschäftigungssicherung – wenn denn z.B. die Beschäftigung im Bremer Daimler Werk 2004 gesichert worden wäre und bis 2018 weiter gesichert wäre, dann sollte man doch meinen, dass hier heute noch 15 553 KollegInnen Arbeit hätten und Ende 2018 auch! Man sollte meinen Beschäftigungssicherung würde bedeuten, dass jeder Kollegen, der geht, ersetzt wird durch eine Neueinstellung.

Genau dies ist aber nicht gemeint, wenn von der Beschäftigungssicherung die Rede ist. Gemeint ist bestenfalls, dass ein Unternehmer für eine bestimmte Zeit möglichst keine betriebsbedingten Kündigungen ausspricht – aber trotzdem Personal abbaut und Arbeitsplätze vernichtet.

Schlimmer noch häufig sind in den

Die Betriebsratswahlen 2010

...finden nächste Woche am 16. und 17.3., trotz fehlendem Personal, statt. Trotz der z.Zt. dünnen Personaldecke darf keiner an der Stimmabgabe gehindert werden. Geht zur Wahl. Gewählt und Betriebsrat sind nachher die 39 Kandidatinnen und Kandidaten, die die meisten Stimmen erhielten. Das neugewählte Betriebsratsgremium wird wieder aus 39 Betriebsräten bestehen, weil Vorstand und Werkleitung es noch nicht geschafft haben die Belegschaft unter 12000 zu schrumpfen.

sogenannten Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung (zum Beispiel in der sogenannten „Sindelfingen 2020“) sogar noch aktive Maßnahmen für die Arbeitsplatzvernichtung wie Abfindungen und Ausscheidensvereinbarungen geregelt.

**OKEY - ICH
VERZICHTE AUF LOHN,
ÜBERSTUNDENZULAGE,
URLAUBSGELD,
WEIHNACHTS-
GELD, BETRIEBS-
RENTE, STERBE-
GELD...**

**SUPER!
UND ICH
VERZICHTE
AUF DICH!**



„Beschäftigungssicherung“ am Standort Bremen

Personalstände Bremen (Arbeiter, Angestellte, Azubi's und Befristungen) am:

- 31.10.1998 = 17 167
- 31.05.2002 = 16 786
- 31.12.2002 = 15 979
- 31.12.2003 = 15 553
- 31.12.2004 = 15 302
- 31.12.2005 = 14 827
- 31.12.2006 = 13 627 + 3 Befristungen
- 31.01.2007 = 13 393 + 3 Befristungen
- 31.12.2007 = 13 105 + 127 Befristungen
- 31.01.2008 = 13 047 + 212 Befristungen
- 31.12.2008 = 12 880 + 75 Befristungen
- 31.01.2009 = 12 790 + 37 Befristungen
- 31.12.2009 = 12 544 + 18 Befristungen
- 28.02.2010 = 12 423 + 24 Befristungen

Vor dem Jahr 2006 sind Befristungen nicht gesondert aufgeführt, sondern falls vorhanden in der Gesamtzahl enthalten.

Das Info ist parteilich auf der Seite der KollegInnen, aber parteipolitisch unabhängig! Das Kollegeninfo erscheint regelmäßig, wenn es voll ist. Diese Ausgabe erschien im 33. Jahrgang am: 11.03.2010. Es ist die 510. Ausgabe!

Das Kollegeninfo wird geschrieben, hergestellt und verteilt von KollegInnen des Bremer Mercedes-Werkes. Kontakt:

Hans-Helmut Krug,
Matthias Puschmann,
Kerstin Steenken,
Claus Wessels

Spenden für unser Info:
Axel Gözl, Kto.: 22 11 55 200
20010020 Postbank Hamburg

Vi.S.d.P.:
Rainer Baues, Hast. Osterdeich 158,
28207 Bremen